



Gefahren für die Demokratie: Massnahmen rechtspopulistischer Regime während der Covid-19-Krise in Mittel- und Südosteuropa

Die Covid-19-Pandemie hat besonders in jüngeren Demokratien institutionelle Schwächen offenbart. Vor allem Regierungen in Mittel- und Südosteuropa nutzten die Krise aus, um korrupte Geschäfte zwischen ihrer Partei und regierungsnahen Firmen abzuschliessen, ihren Einfluss auf viele Institutionen auszudehnen und die Unabhängigkeit der Medien einzuschränken. Als Antwort auf diese Machenschaften kam es zu Protesten in der Bevölkerung, die teilweise bis in den Sommer hinein andauerten. Sanktionsmassnahmen oder Strafen seitens der Europäischen Union jedoch sind bis jetzt ausgeblieben. Der Text zeigt die aktuelle Lage in Polen, Ungarn, Serbien und Slowenien auf.

Vor der Corona-Krise: Parteien und ihr Verhältnis zur EU

Der Aufstieg rechtspopulistischer Parteien geschah vor der Corona-Krise und wurde unter anderem durch die globale Finanzkrise begünstigt. So regieren in Ungarn Viktor Orban und die rechtspopulistische Partei Fidesz (Bund junger Demokraten) seit 2010. In Serbien kam die SNS (Serbische Fortschrittspartei) von Aleksandar Vučić 2012 an die Macht, und in Polen die PiS (Recht und Gerechtigkeit) von Jaroslaw Kaczynski im Jahr 2015. Auch in Slowenien ist die rechtspopulistische SDS (Slowenische Demokratische Partei) die stärkste Partei, wobei die gewählten Regierungen seit der Finanzkrise relativ instabil und kurzlebig waren. Aktuell ist der SDS-Vorsitzende Janez Janša Premierminister.

In der Qualität der Demokratie und der generellen Unabhängigkeit der staatlichen Institutionen unterscheiden sich die jeweiligen Länder. In einigen Dimensionen konvergieren sie jedoch seit mehreren Jahren, wenn man die gängigen Demokratieindizes konsultiert. Seit 2012/2013

Valentina Petrović
dissertiert zurzeit am Europäischen Hochschulinstitut (EUI) in Florenz zur Demokratisierung in Südosteuropa.

wird sukzessive mehr Druck auf unabhängige Medien ausgeübt, Journalistinnen und Journalisten werden in ihrer Arbeit behindert, sei es indirekt durch Diffamierung



oder über die Finanzierung – beispielsweise werden in Ungarn, Polen oder Slowenien Einnahmen von Werbefirmen parteinaher Oligarchen kurzerhand von der Regierung bezahlt – oder direkt durch Verhaftungen wie in Serbien. Da auch das Justizsystem in Polen und Ungarn in den letzten Jahren unter die Kontrolle von PiS respektive Fidesz kam, hat Freedom House im Mai dieses Jahres beide Länder hinsichtlich ihrer Demokratiequalität abgestuft. So wurde Ungarn als erster EU-Mitgliedsstaat als »hybrides« Regime definiert; auch Serbien ist dieser Kategorie zuzuschlagen. Polen wird nun als »semi-konsolidierte Demokratie« bezeichnet (Freedom House 2020).

Infolge der Entwicklungen in diesen Ländern und der deutlichen Verschlechterung der Demokratiequalität ist das Verhältnis zur EU angespannt. 2018 hat das Europäische Parlament mit Unterstützung der europäischen Konservativen (EVP) ein Rechtsstaatsverfahren nach Artikel 7 gegen Ungarn eingeleitet. Da jedoch ein Konsens aller Staaten notwendig ist, stockt das Verfahren (Mijnssen/Steinvorth 2020). Es laufen auch mehrere Verfahren gegen die PiS-Regierung wegen ihrer umstrittenen Justizreformen seit 2017. Polen und Ungarn schützen sich auf der Grundlage des Einstimmigkeitsprinzips gegenseitig vor weiteren Massnahmen. Viktor Orban unterhält gute Beziehungen sowohl mit Polens PiS als auch mit Sloweniens SDS und Serbiens SNS.

In der EU wurden Forderungen laut, die Verteilung der Gelder des Struktur- und Investitionsfonds an rechtstaatliche Prinzipien zu binden, nicht zuletzt, weil Ungarn einer der grössten Nutzniesser des Fonds ist. Die Massnahmen während der Corona-Pandemie bereiteten Brüssel grosse Sorgen: Rechtspopulistische Regierungsparteien in Mittel- und Südosteuropa missbrauchten den Notstand, um ihre Kontrolle über Wirtschaft, Staat und Medien auszuweiten.

Notstand, korrupte Geschäfte und Attacken auf unabhängige Medien

In Ungarn erliess das von Fidesz kontrollierte Parlament am 30. März ein Notrecht, das Orban erlaubt, per Dekret zu regieren. Auch in anderen europäischen Staaten wurde der Notstand ausgerufen, doch in Ungarn hat Fidesz diesen sukzessive ausgenutzt, um seine Machtbasis zu stärken. Seit März wurden mehr als 200 Dekrete erlassen, die nicht nur der Bekämpfung der Epidemie dienen, sondern auch wirtschaftliche und politische Zwecke verfolgen (DW 2020b). Gemäss Kreko lassen sich bei diesen Dekreten vier Ansätze unterscheiden: 1. schloss die Regierungspartei neue Geschäftsverträge mit regierungsnahen Oligarchen ab; 2. richteten sich viele Dekrete auf die Gemeindefinanzen, oftmals Hoch-



burgen der Oppositionsparteien, womit jenen wichtige Einnahmequellen entzogen werden; 3. hat man durch hohe Bussen wegen angeblicher Verbreitung von ›Fehlinformationen‹ finanziellen Druck auf Oppositionspolitiker ausgeübt; 4. wurden Menschenrechte systematisch beschnitten, beispielsweise durch die im Mai 2015 abgelehnte Ratifizierung der Istanbuler Konvention oder auch durch die im Juli 2020 erfolgte Verabschiedung des Omnibus-Gesetzes, das die LGBT-Population diskriminiert (Kreko 2020); es sieht vor, dass das Geschlecht bei der Geburt im Ausweis stehen muss und nicht mehr verändert werden kann.

Da das Notrecht relativ schnell, per Ende Mai, beendet wurde, vermuten Experten, dass dieses Instrument absichtlich eingesetzt wurde, um zu demonstrieren, dass in Ungarn kein autoritärer Regierungsstil herrscht (Kreko 2020). Mit der Beendigung des Notstandes im Mai wurde jedoch gleichzeitig ein Gesetz verabschiedet, das der Regierung erlaubt, in Zukunft während Epidemien per Dekret und ohne Kontrollmechanismen zu regieren (DW 2020b). Ende Juli wurde zudem bekannt, dass Index, eines der letzten langjährigen und unabhängigen Online-Magazine, schliessen wird, da der Chefredaktor von den neuen Besitzern, Fidesz-Mitgliedern, ausgewechselt worden ist und die Mehrheit der Angestellten aus Protest gekündigt hat. Bezeichnenderweise wurde die Werbeabteilung von einem Orban-nahen Oligarchen übernommen.

Viktor Orbans Partei Fidesz ist bestens mit rechtskonservativen Parteien in Mittel- und Südosteuropa vernetzt, so auch mit der PiS, die seit fünf Jahren in Polen an der Macht ist. Fidesz nachahmend, versuchte PiS kurz nach der Regierungsübernahme, mit der frühzeitigen Pensionierung von Richtern das Oberste Gericht unter ihre Kontrolle zu bringen, was aber vom Europäischen Gerichtshof als unvereinbar mit dem EU-Recht erklärt wurde. Das Oberste Gericht ist in Polen von Bedeutung, da es die Rechtmässigkeit der Wahlergebnisse im Land bestätigt. So musste die PiS das Ende der Amtszeit der damaligen Gerichtspräsidentin abwarten, was im Lauf der Corona-Krise der Fall war; im Mai wurde dann eine regierungsnaher Gerichtspräsidentin vereidigt (DW 2020a). Neben ihrem grossen Einfluss auf verschiedene staatliche Institutionen kontrolliert die PiS das staatliche Fernsehen TVP, den einzigen Sender, der im ganzen Land ausgestrahlt wird.

Im März hat Polens Regierung einen landesweiten Lockdown eingeführt, der von einer breiten Mehrheit der Bevölkerung begrüsst wurde. Wie in den anderen osteuropäischen Staaten, wurde schnell klar, dass das Gesundheitssystem des Landes mit einer grossen Zahl erkrankter Personen nicht fertig werden würde, nicht zuletzt wegen der schwerwiegenden Migration von Fachkräften und medizinischem Personal



nach Westeuropa. Nach der knapp dreimonatigen Ausgangssperre kehrten die Pol*innen langsam wieder in die Normalität zurück, auch weil im Juni Präsidentschaftswahlen abgehalten werden sollten. Inmitten der Pandemie lieferten sich die beiden Kandidaten, Duda von der PiS und sein Herausforderer Trzaskowski von der PO (Bürgerplattform), ein Kopf-an-Kopf-Rennen. Dabei stand nicht unbedingt das Management der Corona-Krise im Vordergrund, sondern vielmehr die Position der Kandidaten zu staatlichen Subventionen, kulturellen und ideologischen Fragen und zu den Menschenrechten. Vor den Wahlen flog zudem ein Skandal auf: Die Regierung Duda hatte bei einem »Freund der PiS« 100'000 Schutzmasken bestellt, die sich als nutzlos erwiesen (NfP 2020).

Die zunächst verschobene Präsidentschaftswahl gewann der PiS-Kandidat Duda denn auch nur knapp. Doch entgegen der gängigen Analysen der Medien, die 51 Prozent der Pol*innen als konservativ oder nationalistisch einschätzen, macht dieser Block nur etwa einen Drittel der Wählerschaft aus. Für den PiS-Wahlerfolg waren einerseits die familiären Zuschüsse, die seit 2015 ausbezahlt werden, ein entscheidender Faktor. Die polnische Regierung unterstützt Familien mit monatlich 500 Zloty (etwa CHF 120), was einen spürbaren Beitrag zum Monatsbudget ausmacht. Viele Familien, die in kleineren Gemeinden und Dörfern wohnen, wurden damit aus der Armut befreit. So haben sich vor dem Hintergrund eines durchschnittlichen Wirtschaftswachstums von jährlich fünf Prozent viele Wähler*innen auch aus der Angst heraus, dass der Oppositionskandidat im Falle eines Sieges die Familienzuschüsse wieder streichen würde, für die PiS entschieden (Orenstein 2020). Andererseits ist es Duda mit einer aggressiven Anti-LGBT-Rhetorik gelungen, die konservativen Wähler*innen zu mobilisieren und so den Wahlsieg sicherzustellen. In keiner Weise aber kann gesagt werden, die Mehrheit der Pol*innen hätte ein rechtskonservatives oder semi-autoritäres Weltbild.

Wahlen wurden in diesem Sommer trotz der Corona-Pandemie auch in Serbien abgehalten. Der Krisenstab hatte das Virus zunächst ins Lächerliche gezogen und die Bewohner*innen zum »Shopping in Milano« aufgefordert, da dort jetzt bestimmt »Ausverkauf« herrschen würde (N1 2020a). Nachdem erste Corona-Fälle bekannt geworden waren, wurde schnell klar, dass das unterfinanzierte und marode Gesundheitssystem in Serbien mit einer Pandemie überfordert ist. Darauf setzte die Regierung einige der drakonischsten Massnahmen in Europa durch: tagelange Ausgangssperren ab 18 Uhr, eine absolute Ausgangssperre für die über 65-jährige Bevölkerungsgruppe sowie eine allgemeine Ausgangssperre für alle über das Wochenende, manchmal bis zu vier Tagen.



Ende Mai erklärte die SNS den »Krieg gegen die Pandemie« für gewonnen, um die Parlamentswahlen auf den 21. Juni anzusetzen (N1 2020b). Vom absoluten Lockdown wechselte die Regierung schnell zur Öffnung von Diskotheken und Restaurants, erlaubte Fussballspiele mit bis zu 25'000 Zuschauer*innen, alles ohne jegliche Sicherheitsvorkehrungen, jedoch mit dem Ziel, den Wahlberechtigten ein falsches Sicherheitsgefühl zu geben, damit diese am 21. Juni wählen gehen würden. Analog dem Jahr 2016 gab es Fälle von Wahlfälschung und Wahlmanipulation sowie eine niedrige Wahlbeteiligung. Wie erwartet, feierte die SNS von Präsident Vučić einen haushohen Sieg; keine einzige Oppositionspartei schaffte den Einzug ins Parlament.

Die rasche Lockerung der Corona-Schutzmassnahmen und das Abhalten der Wahlen erwiesen sich nach wenigen Tagen jedoch als fatal: Aktuell liegen die Neuansteckungen zwischen 200 und 300 Personen pro Tag, wobei die Situation in lokalen Krankenhäusern katastrophal ist. Auf die offiziellen Zahlen ist allerdings kein Verlass, da Recherchen des Balkan Investigative Reporting Network (BIRN) zeigen, dass die Statistik manipuliert und Daten zu Neuansteckungen und Toten gefälscht worden waren, damit die Wahlen abgehalten werden konnten (BIRN 2020). Nicht nur mangelt es an medizinischem Personal, sondern auch an grundlegenden Materialien wie Masken oder Desinfektionsmitteln. So erkrankten viele Ärzte und weite Teile des medizinischen Personals an den Viren. Journalist*innen, die von den prekären Zuständen berichteten, wurden inhaftiert, um später auf Druck der Zivilgesellschaft wieder freigelassen zu werden (N1 2020).

In Slowenien hingegen sind die rechtskonservativen Parteien nicht dominant, auch wenn 2018 die SDS von Janez Janša 25 Prozent der Stimmen gewonnen und somit im Alleingang das beste Wahlergebnis erreicht hatte. Da der vorherige Premier Marjan Šarec mit seiner Mitte-links-Minderheitsregierung zurückgetreten war, wurde Janša im Januar 2020 zum Premierminister vereidigt. Damit hatte er die Kontrolle über die Massnahmen während der Corona-Krise. Wie in den vorher betrachteten Ländern, versuchte in dieser Zeit auch die Regierung hier, den Vorstand des staatlichen Fernsehens RTS auszuwechseln. Bei diesem Vorgehen wurde sie jedoch vom Verfassungsgericht mit der Begründung gestoppt, dass ein Wechsel des Personals vor Ablauf der Amtszeit des Vorstandes verfassungswidrig sei. Gleichzeitig wurden unabhängige Medien und Journalisten angegriffen, die kritisch über die von der Regierung verhängten Massnahmen berichteten. Auch ein Korruptionsskandal wurde enthüllt: Die Regierung hatte beim Kauf von Masken und Beatmungsgeräten ein Unternehmen bevorzugt, das der Re-



gierungspartei nahesteht (Mesec 2020). Das beschaffte Material hatte sich nach dem Deal als unzureichend erwiesen. Wie in den früheren Regierungen, in denen Janša Entscheidungspositionen innehatte, ersetzte er die Leiter des Militärs und der Polizei sowie den Leiter des Nationalen Instituts für öffentliche Gesundheit. Damit erlebt auch Slowenien vermehrt Attacken seitens der rechten SDS auf staatliche Institutionen, Medien und Journalist*innen.

Auch wenn die Übernahme des staatlichen Fernsehens in Slowenien gestoppt worden ist, lernt Janša von anderen rechtspopulistischen Führern, nutzt täglich Twitter und versucht zusätzlich, mit finanzieller Hilfe aus Orban-Kreisen seine eigenen Medienhäuser und Fernsehsender aufzubauen. Am 9. Juli wurde zudem ein Gesetz erlassen, das für das staatliche Fernsehen RTS eine Budgetreduktion von 13 Millionen Euro vorsieht, was zu einem Abbau von etwa 600 Stellen führen würde (BIRN 2020). Klar ist hierbei, dass Janša Richtung Budapest, Warschau und Belgrad geschaut hat: Die Kontrolle des staatlichen Fernsehens haben Fidesz, die PiS und SNS schon längst erreicht. Das umstrittene Gesetz wird derzeit im slowenischen Parlament debattiert.

Der Primat der Macht: Reaktionen der Bevölkerung und der EU

Die Corona-Krise wurde von rechtspopulistischen Regierungen genutzt, um korrupte Deals zwischen regierungsnahen Firmen und der Regierungspartei zu vereinbaren, die Unabhängigkeit der Medien einzuschränken sowie den Einfluss auf und die Macht über Institutionen zu vergrößern. Die Bevölkerung reagierte mit Protesten und Demonstrationen, die auch stark von linken Parteien und NGO unterstützt wurden. Die Aktionsformen wurden im Lockdown den Umständen angepasst: beispielsweise auf Fahrrädern in Ljubljana, in Autos in Warschau und Budapest oder Proteste mit Küchenutensilien von Terrassen in Belgrad. All das wurde genutzt, um den Unmut über die Regierungen und deren Massnahmen kundzutun.

In Polen war die Parlamentsdebatte zur umstrittenen Verschärfung des Abtreibungsgesetzes Gegenstand einer Kundgebung, ebenso der Ausgang der Präsidentschaftswahl im Juni, da Unregelmässigkeiten während der Wahl vermutet wurden. In Slowenien und in Serbien forderten Protestierende explizit den Rücktritt der Regierung. Diese Proteste müssen als Antwort auf die extrem opportunistische und repressive Politik der rechtspopulistischen Parteien verstanden werden, denen es allein um Machtkalküle geht und nicht in erster Linie um die Gesundheit und das Wohlergehen der Bevölkerung.



Die stetigen Verschlechterungen des Justizsystems in Polen und Ungarn haben auch die EU alarmiert. So erwähnte Ursula von der Leyen während des Corona-Lockdowns die Möglichkeit, Massnahmen der jeweiligen EU-Staaten zu überprüfen, falls diese nicht als verhältnismässig erachtet würden. Ende Juli wurde bekannt gegeben, dass sich die EU auf ein Corona-Hilfspaket von rund 1.8 Billionen Euro geeinigt habe. Dabei wurde nach harten Verhandlungen ein Kompromiss zur Verteilung der Gelder gefunden. Auch die Koppelung der Auszahlungen an die Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien ist vorgesehen, allerdings wird noch genau zu diskutieren sein, wann und wie eine Sanktionierung vorgenommen werden kann. Mit einer qualifizierten Mehrheit hat die EU-Kommission jedenfalls die Möglichkeit, Massnahmen zu ergreifen, falls ein Verstoss gegen EU-Prinzipien vorliegt, beispielsweise falls die Unabhängigkeit der Justiz nicht gewährleistet ist (NZZ 2020). Die Verhandlungen waren jedoch langwierig, die Lager gespalten: Während einige Politiker sich auf nationale Lösungen der Corona-Krise fokussierten und gleichzeitig argumentierten, die jeweiligen Massnahmen seien Sache der nationalen Regierungen (so z.B. Sebastian Kurz), pochten andere auf einen Rechtsstaatmechanismus.

Es zeigt sich deutlich, dass die Gefahren für die Demokratie, die allerdings schon vorher existiert hatten, durch die Corona-Krise verschärft worden sind, nun aber auch deutlicher wahrgenommen werden. Die Pandemie wurde in Ungarn, Polen, Serbien und Slowenien missbraucht, um die Macht der jeweils regierenden rechtspopulistischen Partei zu festigen. Selbst wenn die Proteste in diesen Staaten andauern, braucht es gleichzeitig eine klare und starke Haltung seitens der EU. Für die stockenden Verfahren zur Justizreform in Ungarn und Polen ist der errungene Kompromiss ein Lichtblick: Gelder und Fonds, die an die Einhaltung demokratischer Rahmenbedingungen geknüpft werden, haben eine Signalwirkung, und die potenziellen Sanktionsmechanismen können die rechtspopulistischen Regierungen zügeln.

In Slowenien herrschen zurzeit interne Machtkämpfe zwischen der Janša-Regierung und den Oppositionsparteien, wobei der ehemalige Innenminister wegen der zuvor genannten Korruptionsvorwürfe im Juli zurückgetreten ist. Die nächsten Parlamentswahlen finden in zwei Jahren statt. In Ungarn hat die Regierung Ende August beschlossen, Ausländer*innen ab dem 1. September die Einreise ins Land zu verbieten. Kritiker befürchten, dass diese Massnahme von Orban missbraucht wird, um seine Macht weiter zu festigen. In Serbien hat Präsident Vučić zwei Monate nach den Wahlen noch immer keine Regierung gebildet, obwohl dies verfassungswidrig ist. Die aktuellen Themen im Land sind



die zukünftige Beziehung zwischen Belgrad und Prishtina sowie Lösungen für die festgefahrene Situation im Kosovo, insbesondere auch hinsichtlich der EU-Integration. In Polen kam es im August zu Massenverhaftungen, nachdem Solidaritätskundgebungen für einen inhaftierten LGBTQ-Aktivist abgehalten wurden. Politiker*innen der linken Opposition, NGO und viele Aktivist*innen sehen Polen an einem Scheideweg und rufen weiterhin zu Protesten gegen die Regierung auf. Klar ist, dass die Corona-Pandemie für die rechtspopulistischen Staaten auch in den Wintermonaten eine Möglichkeit darstellt, um den Nexus zwischen Politik und Wirtschaft zu festigen und unerwünschte politische Gegner zu schwächen oder zu marginalisieren.

Literatur und Quellen

- BIRN (2020): Vučić dismisses BIRN report on Covid19 Figures in Serbia. (<https://birn.eu.com/news-and-events/vucic-dismisses-birn-report-on-covid-19-figures-in-serbia/>).
- DW (2020a): Polens Justiz im Griff der PiS. www.dw.com/de/polens-justiz-im-griff-der-pis/a-53603235.
- DW (2020b): Ungarn nach dem Notstand ist vor dem Notstand. www.dw.com/de/ungarn-nach-dem-notstand-ist-vor-dem-notstand/a-53840574.
- Freedom House (2020): Dropping the democratic façade. <https://freedomhouse.org/report/nations-transit/2020/dropping-democratic-facade>.
- Kreko, Peter (2020): Interview with DW. www.youtube.com/watch?v=YmltZVmqYRs.
- Mesec, Luka (2020): Interview. www.masina.rs/?p=13959.
- Mijnssen, Ivo; Steinorth, Daniel (2020): Der Revolutionär und das gespaltene Europa: Warum sich die Beziehungen zwischen Orbans Ungarn und der EU ständig verschlechtern und es doch nicht zum Bruch kommt. www.nzz.ch/international/orban-deutschland-und-die-eu-viele-konflikte-aber-kein-bruch-ld.1556385.
- N1 (2020a): Istinomer ›Fakat: Vučić o koronavirusu – laž da je neko rekao da je najsmješniji virus. <http://rs.n1info.com/Video/Info/a579693/Istinomer-Fakat-Vucic-o-koronavirusu-la-z-da-je-neko-rekao-da-je-najsmesniji-virus.html>.
- N1 (2020b): Vučić najavio policijski čas od petka do ponedjeljka (<http://rs.n1info.com/Vesti/a617408/Plicijski-cas-u-Beogradu-od-petka-do-ponedeljka.html>).
- NfP (2020): Polands health minister denies cronyism after purchase of useless masks from family friend. <https://notesfrompoland.com/2020/05/15/polands-health-minister-denies-cronyism-after-purchase-of-useless-masks-from-family-friend>.
- NZZ (2020): Der Deal ist gemacht. Formel zur Rechtsstaatlichkeit vereinbart – die wichtigsten Antworten zum EU-Gipfel. www.nzz.ch/wirtschaft/merkel-und-macron-bei-gipfel-zu-weiteren-zugestaendnissen-bereit-die-wichtigsten-antworten-zum-eu-gipfel-ld.1566675.
- Orenstein, Mitchell (2020): Poland's Presidential Elections. It's the Economy. Stupid www.fpri.org/article/2020/07/polands-presidential-election-its-the-economy-stupid/?fbclid=IwAR2RSWxSb30xWbyQLIVuPliuM6wuvNaAm1sSXkQ9n66t7lcgq0m355HyBY.